

## Das leise Sterben der deutschen Kleinbauern

Veröffentlicht am 14.01.2019 | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Hannelore Croll**



Die EU fördert vor allem Betriebe, die industrialisierte Tierhaltung betreiben

Quelle: Getty Images

Umweltschützer halten Brüssel vor, mit Direktzahlungen für Ackerflächen nicht nur die Lebensgrundlage für kleine Bauern zu zerstören, sondern auch die Umwelt. Dennoch hält die EU-Kommission an dem System fest.

Es ist ein leises Sterben, das die deutsche Landwirtschaft erlebt, aber die Verluste sind konstant – und fatal. In Niedersachsen kapitulierten binnen acht Jahren 4720 Bauernhöfe vor steigenden Bodenpreisen, sinkenden Erträgen, zu viel Bürokratie oder Rückschlägen durch das Klima.

In Baden-Württemberg starben im selben Zeitraum 4700 Höfe, womöglich auch, weil ihre Betreiber keinen Nachfolger fanden. In NRW waren es 4640, in Bayern haben fast 14.000 Bauern den Stall für immer geschlossen und den Traktor abgestellt.

Das Rüben- und Rebenland Rheinland-Pfalz traf es besonders schwer: Es verlor mehr als 15 Prozent seiner Landwirtschaftsbetriebe.

## **30 Prozent aller Betriebe in der EU gaben auf**

Diese Zahlen nennt der „Agrar-Atlas 2019“, den die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung und die Umweltorganisation BUND kurz vor der Grünen Woche präsentiert haben. Ein langfristiger Vergleich wäre sogar noch erschreckender gewesen. Gab es 1990 noch knapp 630.000 Höfe und Betriebe, waren es 2018 gut 57 Prozent weniger (266.000). Der Trend gilt für ganz Europa: Zwischen 2005 und 2016 gaben knapp 30 Prozent aller Betriebe in der EU auf, die meisten davon Kleinbauern.

Dem wollen Umweltverbände, aber auch die SPD oder der Europäische Rechnungshof nun gegensteuern. Sie fordern ein grundlegendes Umdenken bei der EU-Agrarpolitik: Agrarsubventionen sollen stärker als bisher an Ziele oder Leistungen im Umwelt- und Tierschutz gekoppelt werden.

Im Gegenzug sollten die von Brüssel seit Jahrzehnten bevorzugten Direktzahlungen für Agrarflächen reduziert werden, nicht zuletzt, weil sie nach Überzeugung des staatlichen Thünen-Instituts in Hamburg die Bodenpreise in die Höhe treiben und damit das Höfe-Sterben noch beschleunigen. Doch die Signale aus Brüssel sind entmutigend (</wirtschaft/article185818458/Neue-EU-Plaene-Handelsverband-warnt-vor-steigenden-Lebensmittelpreisen.html>).

## **Trend zu immer größeren Beständen**

Das Problem: Überlebenschancen haben zunehmend nur noch Großbetriebe. Entsprechend sind Zuwächse bei Landwirtschaftsbetrieben nur in Teilen Ostdeutschlands verzeichnet. Dabei handelt es sich zumeist um größere Unternehmen, die dort riesige Flächen aufkaufen und oft mit Monokulturen bewirtschaften. Im Schnitt sind landwirtschaftliche Betriebe im Osten 224 Hektar groß, im Westen nur 47 Hektar.

Auch bundesweit geht der Trend zu immer größeren Beständen, vor allem in der Massentierhaltung. Bei Masthühnern wurden 1999 pro Betrieb durchschnittlich 4147 Tiere gehalten, 2016 waren es schon 28.166. Ähnlich dramatisch ist die Entwicklung bei Schweinen. Heute hält jeder Hof im Schnitt 695 Tiere – das sind drei Mal so viele wie 1999.

Viele Deutsche sind nachhaltig beunruhigt über dieses Höfesterben und den Strukturwandel hin zu größeren Betrieben, glaubt man einer Forsa-Umfrage, die im „Agrar-Atlas“ zitiert wird. Danach sorgen sich über drei Viertel der Befragten vor einer allzu eindimensionalen, allzu groß angelegten und intensiven Landwirtschaft.

## **Sorge vor Mono-Kulturen**

Die Verbraucher dürften dabei mögliche Folgen wie eine Verödung der Landschaft im Hinterkopf gehabt haben, die [Sorge vor Mono-Kulturen \(/wirtschaft/article181436088/Chemnitz-Die-Angst-der-Deutschen-wird-Wirklichkeit.html\)](/wirtschaft/article181436088/Chemnitz-Die-Angst-der-Deutschen-wird-Wirklichkeit.html), die Lebensräume für Insekten oder Vögel zerstören, Tierquälerei, belastete Lebensmittel, Nitrat im Wasser oder steigende Bodenpreise, die sich Klein- oder Bio-Bauern nicht mehr leisten können. Auf jeden Fall zeigten sich laut Umfrage 73 Prozent der Befragten dafür offen, Klein-Bauern stärker staatlich zu unterstützen.

Doch dafür müsste die Brüsseler Agrarpolitik auf andere Füße gestellt, Subventionen müssten völlig anders verteilt werden als bisher. Davon allerdings kann keine Rede sein – im Gegenteil. Die EU halte an veralteten Konzepten fest und nutze ihre Subventionsmilliarden so gut wie gar nicht, um gesunde Lebensmittel, die Umwelt, den Klimaschutz, die Artenvielfalt oder kleine Bauern zu fördern, kritisieren die Autoren des „Agrar-Atlas“.

Für nichts gibt die EU mehr Geld aus als für die Landwirtschaft. Derzeit sind es rund 60 Milliarden Euro im Jahr, um Europa so weit wie möglich unabhängig zu machen von Importen – aber auch, um die eigenen Bauern zu schützen. Zwar steht beim nächsten Siebenjahreshaushalt der EU ab 2021 auch eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) an. Doch dabei will Brüssel weiter vor allem auf die Flächenprämien setzen.

## **Wer mehr Hektar hat, kriegt mehr Geld**

Mit fast 40 Prozent oder 365 Milliarden Euro wird der Agrar-Bereich weiterhin den größten Anteil am Haushalt abbekommen. Doch drei Viertel davon werden schlichtweg auf die Äcker verteilt. Größe ist also entscheidend: Wer mehr Hektar hat, bekommt mehr Geld aus dem Agrar-Fördertopf. Das führt dazu, dass selbst ein Milliardenunternehmen wie die Mannheimer Südzucker AG (<https://www.welt.de/themen/suedzucker/>) Fördermittel erhält, wenn auch nur von rund 1,8 Millionen Euro, während viele kleinere Bauern kaum etwas von dem Brüsseler Geldsegen sehen.

Ein Fünftel der Betriebe erhalten vier Fünftel der 60 Milliarden, konstatiert der Agrar-Atlas, dessen Autoren der Politik vorwerfen, vor der mächtigen Agrarlobby einzuknicken. Allein ein Fünftel der Agrarmittel erhält das eine Prozent der größten Betriebe in der EU.

Dazu gehören dann Unternehmen wie die vom tschechischen Premier und Milliardär Andrej Babiš gegründete Agrofert-Gruppe. Laut „Süddeutscher Zeitung“ sollen zwischen 2014 und 2020 „bedeutende Summen“ aus dem Europäischen Struktur- und Investitionsfonds an das Unternehmen, das Babiš in zwei Trusts überführt hat, geflossen sein und immer noch fließen – allein 2017 rund 82 Millionen Euro.

## **Leistungsbezogenes Fördergeld**

Der Deutsche Bauernverband verteidigt Direktzahlungen zwar vehement.

Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied warnte in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“: „Die finanzielle Zukunftsfähigkeit der Bauernhöfe darf nicht gefährdet werden. Für viele Betriebe sind die Direktzahlungen lebenswichtig.“

Aber die SPD hat sich vorgenommen, die Agrarsubventionen in der EU längerfristig so zu reformieren, dass sie stärker als bisher an Leistungen im Umwelt- und Tierschutz gekoppelt sind. „Das derzeitige europäische Agrarfördersystem (GAP) ist ungerecht“, heißt es in einem Beschlusspapier der SPD-Bundestagsfraktion. „Es folgt dem Prinzip: ‚Wer hat, dem wird gegeben‘“. Dieses System werde „in aller Konsequenz“ abgelehnt.

Die SPD-Fraktion will lieber nur noch 25 Prozent der Mittel der ersten Säule für eine Basisprämie reservieren. Ziel sei, die Basisprämie ab 2028 gar nicht mehr zu zahlen. Dann soll es

nur noch leistungsbezogen Fördergeld geben.

## **Felder der Natur überlassen**

Die EU-Agrarförderung hat zwei Säulen, eine größere für die Direktzahlungen je Hektar landwirtschaftlicher Fläche und eine kleinere für Förderprogramme, die eine nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung unterstützen und die ländliche Entwicklung fördern. Laut den Plänen der EU-Kommission soll im künftigen Haushalt vor allem in der zweiten Säule gespart werden.

Dabei waren bei der letzten Agrarreform 2013 die Vorgaben für umweltverträglicheren Ackerbau sogar noch verschärft worden. Drei von zehn Förder-Euros aus Brüssel wurden an die Einhaltung entsprechender Auflagen geknüpft. Beispielsweise mussten die Bauern einen Teil ihrer Felder mehr der Natur überlassen, um Monokulturen zu vermeiden.

Doch das ist jetzt womöglich vorbei. Stattdessen sollen die Mitgliedstaaten entscheiden, welche Vorgaben sie den Bauern machen. Zwar ist bei den Direktzahlungen eine Obergrenze geplant: Ab 60.000 Euro pro Betrieb soll die Förderung gekürzt, bei 100.000 Euro soll sie vollständig gekappt werden. Allerdings sollten dabei Arbeits- und Gehaltskosten beispielsweise bei vielen Angestellten berücksichtigt werden. Großbetriebe können daher weiter auf Geldsegen aus Brüssel hoffen.

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/187003528>